

Initiativantrag an die Delegiertenversammlung der IG Metall :

Die Delegiertenversammlung möge beschließen:

Die IG Metall Verwaltungsstelle Berlin beteiligt sich aktiv an den europaweiten Aktionstagen des Europäischen Gewerkschaftsbundes gegen Sozialabbau am 2. und 3. April 2004

- Die Verwaltungsstelle Berlin ruft ihre Mitglieder zu der am Samstag, den 3. April, in Berlin vorgesehenen Demonstration auf.
- Sie setzt sich zudem das Ziel, auch am Freitag, den 2. April, betriebliche Aktionen durchzuführen mit dem Ziel, die ArbeitnehmerInnen darüber zu informieren, warum wir die Agenda 2010 ablehnen und für welche Alternativen wir streiten. Sie verbindet dies mit dem Ziel die in zahlreichen Umfragen bestätigte Ablehnung der von Regierung und Opposition geforderten Agenda 2010 öffentlich sichtbar zu machen.
- Die Möglichkeiten für derartige betriebliche Aktionen sind vielfältig

Sei reichen von der Erstellung von Informationstafeln bis zu Protestveranstaltungen vor dem Tor oder auch eine demonstrative Verlängerung der Mittagspause.

Die regelmäßige Betriebsversammlung, die oft am Ende des 1. Quartals stattfindet könnte auf den 2. April verlegt werden, um das Thema dort aufzugreifen Dabei kann auf den Einsatz von externen Referenten oder die Nutzung von bereits bestehenden Foliensätzen zur Agenda zurückgegriffen werden

Auf der VK Ausschusssitzung und beim Gremientag Ende Februar können diese Optionen diskutiert werden und ein Mobilisierungsplan beschlossen werden.

Begründung für den Initiativantrag

Nach Antragsschluss für Anträge zu dieser Delegiertenversammlung wurde bekannt, dass der DGB zu den europaweiten Aktionstagen aufruft. Diese Aktionstage sind ein geeignetes Mittel, Widerstand gegen die „Agenda 2010“ zu organisieren.

Diese sog. Reformen sind zweifellos der massivste Angriff auf Sozialstandards und soziale Rechte, die von den Gewerkschaften nach dem Krieg erkämpft wurden. Sie treffen nicht mehr nur marginalisierte Randgruppen der Gesellschaft sondern die große Mehrheit der von Lohnarbeit abhängigen Menschen. Sie schüren die Überlebenskonkurrenz und fördern Verarmung und Ausgrenzung. Die Gewerkschaften werden dadurch geschwächt.

Ihre wichtigste Rolle die Unterbietungskonkurrenz der Arbeitnehmer/innen durch kollektive Tarifverträge zu verhindern wird immer offener infrage gestellt.

Nur zum Preis des eigenen Funktionsverlustes können wir uns dieser Entwicklung beugen. Es geht ums Eingemachte, um den Lebensstandard im Alter, um Sicherungen gegen den Absturz in die Armut im Falle der Arbeitslosigkeit, um die Verteidigung eines Gesundheitswesens, in dem nicht nur der gesund bleibt, der über genügend Kaufkraft verfügt. Es geht um die Zukunftsaussichten, die auch unsere Kinder haben werden.

Der Versuch elementare soziale Rechte auszuhebeln findet europaweit statt und soll sogar noch in der EU-Verfassung festgeschrieben werden. Deshalb ist der Widerstand europaweit erforderlich.